

Dresdener Volkszeitung

Versandkonto: Dresden
Aden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden.
Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, A.-G., Dresden.
Betr. Krenbold, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Postgebühren mit der monatlichen Unterhaltungsbeilage „Deutsches Volk und Welt“ monatlich 2 Mark, halbjährlich 10 Mark, Einzelnummer 10 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdener Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 2561. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.
Verlagsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 2591 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachmittags.

Abonnementpreis: Grundpreis: die 30 mm breite Monatsbeilage 20 Pf., die 90 mm breite Monatsbeilage 200 Pf., für nachträgliche Anzeigen 40 Pf. und 250 Pf. Familienanzahlungen, Stellen- und Reiseanzeigen 40 Pf. Abat. für Kleinverteilung 10 Pf.

Nr. 253

Dresden, Freitag den 28. Oktober 1927

38. Jahrg.

Der peinliche Artikel

Die Richtlinien, das Zentrum und ein mißglücktes Dementi

SPD, Berlin, 28. Oktober. (Eig. Funkbr.) Die Reichstagsfraktion des Zentrums beschäftigt sich am Donnerstag mit den Verhandlungen, die vor fast drei Wochen zwischen ihrem Fraktionsvorsitzenden und Vertretern der Deutschnationalen Volkspartei über die Auslegung der Richtlinien stattfanden. Niemand wäre das gesehen und vor allen Dingen wäre niemals ein Bericht über das Ergebnis der Verhandlungen in der Presse erschienen, wenn nicht inzwischen die aus parlamentarischen Kreisen des Zentrums stammende Zuschrift an den Soz. Pressedienst über den Verlauf dieser Verhandlungen das Licht der Welt erblickt hätte. (Wir brachten diesen Artikel in unserer Dienstnummer. Die Red. d. D. V.-Ztg.) Man kann es verstehen, wenn dem Zentrum diese Veröffentlichung äußerst unangenehm ist und wenn es jetzt in der Germania mit einer Art Erklärung vor die Öffentlichkeit tritt, die sich zwar gegen die Angaben dieses Artikels aus parlamentarischen Kreisen des Zentrums richtet, sie in Wirklichkeit aber bestätigt. In dieser Erklärung heißt es a. A. über das Ergebnis der Verhandlungen:

„Die mehrstündige Aussprache ergab, daß die deutschnationalen Führer bezüglich der Achtung vor dem Symbolen der Republik die Berücksichtigung der Wünsche des Zentrums aufgaben, was vom Grafen Westarp durch ein späteres Schreiben noch bestätigt wurde. Bezüglich des Begriffes „monarchistische Propaganda“ wurde eine völlige Übereinstimmung nicht erzielt. Abgeordneter v. Gumbert stellte aber in seinem Schlußwort nochmals die ungewisse Auffassung des Zentrums zu dieser Frage fest. Die Reaktion nahm von diesen Mitteilungen ohne Erörterung Kenntnis und besproch dann eine durch den Soz. Pressedienst verbreitete, nach dessen Angaben aus parlamentarischen Kreisen des Zentrums stammende Veröffentlichung.“

Wir haben über die Verhandlungen des Zentrums mit den Deutschnationalen in Wirklichkeit nicht mehr und nicht weniger mitgeteilt, als was in dieser Erörterung des

Zentrums festgestellt wird. Nur wird in dem Artikel aus parlamentarischen Kreisen des Zentrums Wert auf die Feststellung gelegt, daß sich die Zentrumsfraktion des Reichstags und insbesondere Herr Marx entgegen ihren Versicherungen bei der Bildung der gegenwärtigen Reichsregierung mit der „monarchistischen Propaganda“ der Deutschnationalen abgefunden haben. Was hilft es, daß das Zentrum demgegenüber zum Schluß der Verhandlungen mit dem Grafen Westarp nochmals keine ungewisse Auffassung zu dieser Frage zum Ausdruck bringen ließ? Das belastet gar nichts, so lange es aus der tatsächlichen Situation nicht die Konsequenzen zieht. Darauf hat das Zentrum bisher verzichtet und darauf wird es auch weiter verzichten. Es ist deshalb ein starkes Stück, wenn uns die Erklärung des Zentrums zum Schluß trotz unserer sachlichen Feststellungen „Übertreibungen und Entstellungen“ vorwirft, ohne dafür auch nur den geringsten Beweis zu erbringen.

Wie überflüssig die Vorwürfe der Zentrumsfraktion in der genannten Erklärung sind, mag eine Stimme aus der Offener Volkszeitung, einem führenden Zentrumsorgan im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, beweisen. Dort heißt es in einer Meldung des Berliner Vertreters der Zeitung:

„Laut wie wir informiert sind, treffen die Mitteilungen des Sozialdemokratischen Pressebüros in allen wesentlichen Punkten zu. Die Differenzen zwischen Zentrum und Deutschnationalen sind bis heute noch nicht geklärt. Die Aussagen, daß sich das ändert, sind auch gering.“

Mehrliche Skandale könnten zu Zukunfts aus der Provinzpresse des Zentrums angeführt werden. Wir stellen also fest, daß Ermittlungen in dem von uns verbreiteten Zentrumsartikel nicht enthalten sind, daß im Gegenteil die Erklärung der Reichstagsfraktion des Zentrums mit den Tatsachen nicht übereinstimmt. Das Dementi ist völlig mißglückt!

Luftfahrt — Europas Untergang?

Ein Warnruf

Von Flugzeugführer Walter Binder

Es ist immer wieder überraschend, wie schnell auch die sensationellsten, unmaßgebendsten Erfindungen des Menschengeistes als selbstverständlich hingenommen werden, wie lange es dagegen dauert, bis sich die Menschheit aller geistigen und politischen Konsequenzen solcher Unmüdigungen bewußt wird.

So kommt es, daß auch den wenigsten erst aufzukommern beginnt, was eigentlich die Tatsache bedeutet: der Mensch kann fliegen!

Man vergegenwärtige sich die unglaubliche Schnelligkeit der Luftfahrtentwicklung: kaum mehr als zwanzig Jahre sind vergangen, seitdem es zum ersten Male gelungen ist, mittels motorischer Kraft einen Flugapparat vom Boden zu heben. Heute sind Höhen von zehntausend Meter erreicht, Tourenflüge von mehr als fünfzig Stunden sind vollbracht, Ozeane überquert, der Erdball mehrfach umflogen und Geschwindigkeiten von mehr als 450 Kilometer in der Stunde erreicht worden. Schon können Flugzeuge zwanzig und mehr Personen befördern, größere für fünfzig bis hundert Personen sind im Bau. Das Kleinflugzeug des Privatmannes, das „Luftauto“, ist bereits so weit entwickelt, daß man zahlreiche Luftausflüge von Europa nach Indien und Südafrika mit kleinen 60-PS-Motoren ohne Zwischenfälle durchgeführt hat.

Was wird in abernachst zwanzig Jahren aus diesem jüngsten Kind der Technik sich entwickelt haben? — Diese Frage — hoffnungsvoll und sorgenschwer zugleich — umschließt vielleicht das Schicksal unserer zivilisierten Welt.

Schon bei der Geburt der Fliegerei hat das Militär, hat der Dämon der Zerstörung Vate gestanden. Kaum dem primitivsten Anfangsstadium entwachsen, wurde das Flugzeug bald zur gefährlichsten Waffe des Weltkrieges, zum Diener der Gewehre und Kanonen, mit Bomben, Gift und Feuer hat es schrecklichen Tod bis in Kirchen und Kinderstuben getragen. Und heute? Wir hören und lesen von schwindelerregenden Millionensummen, die von der Kriegsluftfahrt aller Länder verschlungen werden. Diese Tausende von Militärflugzeugen, viele zehntausende von Piloten, Ingenieuren und Technikern sind täglich in Europa im Dienst und trainieren für das grauenvollste Geschehen einer nahen Zukunft. Ein paar Revolverkugeln auf den richtigen Mann zur bestellten Stunde, eine gutgeleitete Pressebege — Muster 1914 —, und über die überraschte Großstadt, über alle Industriezentren, Bergwerke und Verkehrsnotenpunkte senkt sich über Nacht ein Massensterben aus den Lüften, demgegenüber die veralteten Weltkriegespläne nur wie ein barockes Parapet anmuten.

Wer da sagt, das sei phantastische Übertreibung, der lebt in der gefährlichsten aller Illusionen.

Ueber London haben jüngst Luftmanöver stattgefunden, bei denen mit den modernsten kriegsmächtigen Mitteln die Frage unterucht worden ist, inwiefern London bei Ausbruch eines Krieges gegen die drohende Vernichtung aus der Luft geschützt werden könne. Die Übungen haben das entsetzliche Resultat ergeben, daß mit den heutigen Mitteln eine wirksame Abwehr des Gastodes von den Großstädten nicht möglich ist. Schon wenige Stunden nach Kriegsbeginn wären zehntausende der modernsten Giftröhren abgeworfen worden, gegen die keine Gasmaske Schutz gewähren kann. Die Londoner Militärfachverständigen geben an, daß sechshundert dieser relativ leichten Vergaser von einem modernen Verkehrsflugzeug mitgeführt werden können, und daß bereits laufend ausreichende, um die Fläche Londons in wenigen Stunden in ein Leichenfeld zu verwandeln. — Auch wenn man annimmt, daß dies stark übertrieben ist, so bleibt doch die Gewißheit, daß eine relativ geringe Zahl von Piloten und Flugzeugen im Punkte mit der modernen Chemie im Falle eines europäischen Krieges aus den Haupt- und Industriestädten beider Segner in wenigen Tagen verpestete Leichenhaufen machen würden.

Damit ist der ganze Militärapparat von gestern zum größten Teile altes Eisen geworden; die „Siege“ uniformierter Truppen werden belagert, dem Hinterlande, der Heimat, der Industrie und der Wirtschaft gilt der Todesstoß aus den Lüften! Wo bleiben die „Zieger“ und „Wesiger“, wenn man vier nichtern zu Ende denkt?

Was bedeuten diese Tatsachen insbesondere für das Herz Europas, für das industrialisierte, großstädtreiche Deutschland, dessen Städte von zwanzig Ländern aus über Nacht bombardiert werden könnten? — Sie bedeuten rund heraus gesagt, daß für uns jeder Krieg, selbst mit einem relativ schwachen Gegner, die sichere Vernichtung der Großstadtbewölkerung und damit unserer gesamten Wirtschaft zur Folge hat, daß alle „Verteidigungsmaßnahmen“ nur die gefährliche Illusion einer Abwehrmöglichkeit erzeugen und Milliardenwerte für ein Phanton verschlingen. Denn, wenn das mit modernsten Luft- und Abwehrmitteln verüstete London seine völlige Ohnmacht gegenüber einer gutgerüsteten kleinen Luftpiratenbande feststellen muß, was geschähe mit Berlin, mit Wien, mit Hamburg?

Wo ist hier noch ein Ausweg? — Das Flugzeug, dazu bestimmt, solidarisch wirkstoffende und brüderlich empfindende Völker einander näher zu bringen, den Warenaustausch zu fördern, die fernsten Erdteile in wenigen Tagen erreichbar zu machen und damit die Menschheit in vieler Hinsicht zu

Keudell sammelt Niederlagen

Der Reichsrat für Badt und gegen den Reichsinnenminister

D. Der hilfloseste aller Reichsminister, Herr von Keudell, hat am Donnerstag im Reichsrat eine Niederlage erlitten, die ihn an der Spitze des Reichsministeriums unmöglich machen würde, wenn Deutschland zur Zeit nicht die Aera eines Bürgerblocks durchleben würde. Dieser Bürgerblock kennt weder moralische Verpflichtungen, noch denkt er daran, aus den fortgesetzten Niederlagen die Konsequenzen zu ziehen.

Die Vorgeschichte des Falles Badt-Keudell ist bekannt. Vor mehr als drei Monate leitete sich der deutschnationale Reichsinnenminister ohne jeden Grund und ohne vorherige Mitteilung des Tatbestandes gegenüber dem preussischen Bevollmächtigten zum Reichsrat Dr. Badt den Vorwurf des Vertrauensbruchs und der Preisföhrung gegenüber der Öffentlichkeit. Der preussische Ministerpräsident hat diese Vorwürfe in der darauffolgenden Sitzung des Reichsrats sofort mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen, ohne daß sich von Keudell dazu äußerte. Er und mit ihm die Reichsregierung verlusteten dann wochenlang, die Angelegenheit in einem Ausmaß zu begraben, bis vor acht Tagen die preussische Regierung an die Erledigung des Falles erinnerte. In den letzten Tagen hat sich nun der zuständige Reichsratsausschuß mit dem Vorfall befaßt und eine Erklärung fertiggestellt, die am Donnerstag dem Plenum des Reichsrats unterbreitet wurde. Diese Erklärung ist bei aller Vorsicht, die in ihr gewahrt wird, für Herr von Keudell geradezu vernichtend. Der Reichsrat gibt dem preussischen Bevollmächtigten in jeder Beziehung recht und spendet dem Reichsminister des Innern in seiner Niederlage aus begreiflichen Gründen nur insofern einen Trost, als er ihm zugestimmt, vielleicht „auf Grund einer abweichenden Auslegung der Geschäftsordnung des Reichsrats“ zu seiner unmöglichen Auffassung gelangt zu sein. Ein traurigeres Zeugnis kann einem Reichsminister von den Vertretern sämtlicher deutschen Länder der wohl kaum ausgestellt werden. Was heißt schließlich abweichende Auslegung? Es heißt nichts anderes, als daß es sich um eine falsche oder gar bewußt widersinnige Auslegung handelte.

Es ist bezeichnend, daß sich die Hilflosigkeit des Herrn von Keudell auch noch mit Feigheit paart. Schon als der preussische Ministerpräsident gegen die Vorwürfe des Reichsinnenministers in öffentlicher Reichsratsitzung protestierte und ihn zu m. W. d. r. u. f. seiner Angaben geradezu aufforderte, hätte Herr von Keudell Gelegenheit gehabt, persönlich seinen Irrtum festzustellen und sich einen verhältnismäßig erträglichen Ausgang aus der Affäre zu sichern. Er hat nicht daran gedacht, die Situation wahrzunehmen, und auch am Donnerstag glänzte er durch Abwesenheit, obwohl es um seine Person ging. Wir sind sicher, daß er aus der neuesten Seite ebensowenig die Konsequenzen ziehen wird wie aus allen vorausgegangenen Niederlagen. Aber um die Konsequenzen, die sich für ihn

persönlich als Reichsinnenminister aus den Feststellungen des Reichsrats ergeben, kommt Herr von Keudell nicht herum. Er wird auf irgendeine Art in aller Öffentlichkeit zu der für ihn peinlichen Affäre Stellung nehmen und dem Bevollmächtigten der preussischen Regierung im Reichsrat, Dr. Badt, die erforderliche Genehmigung geben müssen. Voraus besteht die preussische Regierung und darüber hat sie bereits am Donnerstag im Reichsrat durch eine Erklärung ihres Vertreters nicht den geringsten Zweifel aufkommen lassen. Es ist nicht unsere Sorge, wie sich Herr von Keudell schließlich aus der Affäre windet. In der Erhebung von Vorwürfen ist er groß, aber klein war er so dümmlich, wenn es sich darum handelte, die Ehre der beleidigten Persönlichkeit wiederherzustellen. Dem Fall Tresew ist inzwischen der Fall Badt gefolgt. Weder in dem einen noch in dem anderen Falle wurde bisher die erforderliche Genehmigung gegeben. Das ist die Moral des Bürgerblocks, und an dieser Moral werden Herr von Keudell und mit ihm die jetzige Regierung, wenn nicht heute oder morgen, so in absehbarer Zeit zugrunde gehen.

Es ist selbstverständlich, daß der Reichsinnenminister auch dem Reichsrat über seine Moral wird Rede und Antwort stehen müssen. Die Sozialdemokratie denkt nicht daran, ihm irgend etwas zu schenken und ihn aus dem Reich herauszulassen, in dem er sich selbst gefangen hat. Dann wird das deutsche Volk und darüber hinaus das Ausland wieder einmal erfahren, von wem und wie die deutsche Republik heute regiert wird. Inzwischen aber mag sich Herr Marx auf seine frühere Solidaritätserklärung mit Herrn von Keudell etwas einbilden.

Waldeck wird angegliedert

S. Kassel, 28. Oktober. (Eig. Funkbr.) Die seit längerer Zeit zwischen Vertretern Preußens und dem Landesdirektorium von Waldeck geführten Verhandlungen haben am Donnerstag zu einem Ergebnis geführt. Es wurde in Aussicht genommen, das Land in der Weise an Preußen anzuschließen, daß zunächst die bestehenden Waldeckischen Kreise auf die Dauer von zehn Jahren aufrecht erhalten bleiben. Im das beträchtliche Staatsvermögen den bisherigen Besitzern von Waldeck zu sichern, wird ein besonderer Zwischenschritt gegründet, auf den dieses Vermögen zum großen Teil übergeht. Ein erheblicher Teil der Staatsforsten, etwa die Hälfte der Domänen und das Post-Verwaltung, werden an den Staat Preußen fallen.

Steuerungsunruhen in Moskau

P. Paris, 28. Oktober. (Eig. Funkbr.) Der Welt Posten meldet aus Moskau, daß es dort in den letzten Tagen zu schweren Steuerungsunruhen gekommen sei. Angehörig sind zahlreichere Geschäfte von den anführerischen Menge geschlossen worden. In mehreren Fällen habe die Polizei mit blanker Waffe in die Geschäfte eindringen und die Plünderer vertreiben müssen.